

# Menetekel des molekularen Bürgerkrieges



Mit der Errichtung der „Merkez Camii“ (Zentralmoschee) in Duisburg-Marxloh wird eine Entwicklung gefördert, die die bestehende Segregation des sunnitisch-türkischen Bevölkerungsanteiles in der Stadt von der Mehrheitsbevölkerung weiter vertiefen wird.

*(Gastbeitrag von Dr. Thomas Tartsch)*

Dieses liegt nicht nur am Bauherren, der Diyanet Türk Islam Birliği (DITIB), die den größten und jüngsten (rechnet man den „Islamrat“ als Vorfeldorganisation der Millî Görüs zu deren Entstehungsgeschichte, die bis Ende der 1960er Jahre reicht) sunnitisch-türkischen Dachverband darstellt. Die am 05.07.1984 offiziell gegründete und dezentralistisch organisierte Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) mit Zentrale in Köln ist der deutsche Ableger des Diyanet Isleri Bakanligi (Amtes für religiöse Angelegenheiten), welches am 3. März 1924 entsprechend Gesetz Nr. 429 des türkischen Gesetzbuches gegründet wurde. Es ist dem Amt des Ministerpräsidenten angegliedert. Diyanet wurde gegründet, um die Religion unter die Kontrolle des türkischen Staates zu stellen (die Türkei ist kein laizistischer Staat mit

getrennten Sphären), da der islamfeindliche Kemalismus zwar die politische Macht, aber nicht die Zustimmung großer Bevölkerungsteile errungen hatte, die insbesondere in den ländlichen Gebieten einem mit Aberglauben durchsetzten Volkislam anhängen. Atatürk versuchte daher, neben der Kontrolle der Religion, durch die Schaffung einer neuen sozialen Identität als Fundament des jungen Nationalstaates Türkei das bisher nicht existente „Türkentum“ zu installieren, welches neben dem heute noch zelebrierten Kult um seine Person die Türkei zusammenhält. Damit mischten sich aber nach dem frühen Tod Atatürks, dessen Reformen nach heutiger Sicht zu schnell erfolgten, die wieder erstarkte Religion mit einem als extrem zu bezeichnenden Nationalismus, der auch in der Regel in den Moscheegemeinden der DITIB gepflegt wird. Eines der Hauptziele der europäischen Ableger der Diyanet besteht in der Erhaltung und Festigung der monogamen Staatsloyalität zur Türkei, womit die im Ausland lebenden Türken treue Staatsbürger bleiben sollen, wodurch Integration faktisch ausgeschlossen wird. Da Diyanet der Kontrolle des jeweiligen Ministerpräsidenten unterliegt, wird auch DITIB davon beeinflusst, da der seit 11.03.2003 amtierende Recep Tayyip Erdogan und seine islamische Adalet ve Kalkinma Partisi (AK Parti) eine schleichende Islamisierung des Landes vorantreiben. Erdogan selbst war 1969 der Millî Görüş Bewegung beigetreten und wurde ein politischer Ziehsohn des früheren türkischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan, dem heute noch unangefochtenen Führer der Millî Görüş. Die am 14.08.2001 gegründete AK Parti entstammt einer Spaltung der Bewegung, die aber entgegen der als im Westen wahrgenommen „gemäßigt islamistischen Reformpartei“ weiterhin islamische Ziele vorantreibt.

Somit werden die rund 875 Moscheegemeinden der DITIB primär von der politischen Situation in der Türkei beeinflusst, da der in die Moscheegemeinde entsandte Hodscha (der türkischer Staatsbeamter ist) von der Diyanet bestimmt wird, die ebenso die am Freitag gehaltene Predigt in der Moschee an die

Hodschas versendet. Aufgrund der relativ kurzen Wirkungsphase von fünf Jahren und oft marginalen Sprachkenntnissen können diese Hodschas selbst bei gutem Willen oft nicht zur Integration beitragen. Hinzu kommt die Funktion der Moschee, die nicht nur ein Ort der kultischen Ritenausübung darstellt, sondern ein sozialer Kommunikations- und politischer, rechtlicher und lebenspraktischer Wertevermittlungsort ist, wo sich rund um die Moschee in der Regel eine spezifisch ethnisch-religiöse Infrastruktur ansiedelt, die die Entstehung paralleler Strukturen fördert. Diese ethnisch-religiöse Segregation stellt eine Weiterentwicklung der sektoralen residentiellen Segregation in Städten wie Duisburg dar, die als Verlierer der Wandlung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft vom zu spät eingeleiteten Strukturwandel besonders betroffen sind. Einheimische und Zugewanderte, die es sich leisten können, ziehen weg. Zurück bleiben diejenigen, die nicht können und neue Einwanderer, die vermehrt eine Revitalisierung nach hier mitgebrachter archaischer und religiöser Werte- und Normenstrukturen vollziehen. Aus der sektoralen residentiellen wird eine mehrkernige ethnisch-religiöse Segregation, die sich in Analogie zum nach Religions- und Volksgruppenzugehörigkeit getrennten Viertel der klassischen orientalischen Stadt entwickelt. Die religiöse Segregation stellt hierbei eine monokulturelle Ausprägung dar, da andere islamische Religionsgruppen (wie im türkischen Beispiel die schwer einzuordnenden Aleviten) nicht anerkannt und bekämpft werden. Die Abschottung vollzieht sich dabei nicht nur innerhalb paralleler Strukturen, da Antagonismen zwischen einzelnen Familien und ethnischen Gruppen wie Türken und Arabern zu weiterer innerer Abschottung führt, sondern auch nach außen gegenüber Nichtmuslimen. Der islamische Grundsatz „al-walä' wa-l-barä'a“ erlangt wieder Bedeutung. Man soll sich von Nichtmuslimen fernhalten, die Nähe von Muslimen suchen und diese im Notfall gegen Nichtmuslime unterstützen.

Die Abschottung vollzieht sich im Kern der jeweiligen

Parallelgesellschaft primär in der patriarchalisch determinierten Familie und drückt sich nicht nur in der Unterdrückung von Mädchen und Frauen, sondern vermehrt in Männlichkeitsnormen aus, die (auch rassistisch motivierte) Gewalt legitimieren. So stellt Duisburg-Marxloh schon heute einen rechtsfreien Raum dar, wo die Polizei als Agent des staatlichen Gewaltmonopols die Kontrolle verloren hat. Solche Gebiete sind Schauplätze des von Hans Magnus Enzensberger 1993 so betitelten „molekularen Bürgerkrieges“. Und da werden auch die Hodschas, die als nicht-staatliche Funktionsträger mit der Polizei auf Streife gehen, nichts daran ändern können, da die meisten türkischen jugendlichen Gewaltkriminellen nicht in die Moschee gehen.

Vielmehr fördert man mit der Unterstützung solcher Projekte die sich vertiefende Segregation, wo „Importbräute“ ohne Sprachkenntnisse in die bestehenden patriarchalisch bestimmten Strukturen bruchlos eingefügt werden, sich Fälle von „Ehrenmorden“ häufen und vermehrt ein aggressiver Antijudaismus auftritt. Anstatt der finanziellen Förderung einer repräsentativen klassischen Großmoschee in Höhe von 3,2 Mio EURO durch das Land NRW und die EU hätte man dieses Geld lieber in Projekte der realen Förderung von Integration abseits der „Desintegrationsmaschine Integration“ (die ein Herr ansonsten arbeitsloser Sozialarbeiter und anderer „Integrationsexperten“ ernährt) investiert, um den Zerfall gesellschaftlicher Strukturen zu begegnen. Denn in diesen parallelen Strukturen entwickelt sich eine hinsichtlich Sprach- und Bildungskompetenz persistente „neue Gastarbeitergeneration“, die ein Leben lang auf staatliche Transferleistungen angewiesen sein wird.

Duisburg Marxloh nimmt damit den Rang eines Menetekels ein, da im Ruhrgebiet weitere Projekte der DITIB wie in Dortmund Hoerde (mit angeschlossenem Wohnpark), Herten und Castrop Rauxel unter Mithilfe der Politik im Rahmen der von den islamischen Dachverbänden vorangetriebenen „zweiten

Islamisierung“ realisiert werden. Allesamt zukünftige Orte des „molekularen Bürgerkrieges“